

M Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 301988.

Erste oberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche) Sonntags mit der Beilage „Illustrierte Ostdeutsche Morgenpost“ (in Kupfertiefdruck). Bezugspreis: 5 Zloty.

Anzeigenpreise: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr., Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Nichtbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Reklameteil 1,20 Zl. bzw. 1,60 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Beibringung, Akkord od. Konkurs in Fortfall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgebener Inserate wird keine Gewähr übernommen und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden.

Vertrauensselige Stadtbankdirektoren / Klarets als „prima, prima Kunden“

Ungreifbare Widerstände für die Revisoren

Schwer belastende Äußerungen vor dem Ausschuss (Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. Dezember. Der Klaretsausschuss des Landtages legte heute die Befragung des Stadtbankdirektors Schmidt in Anwesenheit von Beamten aus den Kontrollinstanzen der Stadtbank sowie der Stadtverordneten Mühlmann (Soz.) und Rosenthal (Dem.) und bei ständiger Vereitlichung des Stadtkammerers Lange, dem man mit Rücksicht auf die Anleiheverhandlungen der Stadt Berlin die dauernde Anwesenheit erlassen hat, fort. Die Generalstaatsanwaltschaft hat eine Abschrift der Akten überreicht, wonach tatsächlich von den Mitgliedern des Kreditausschusses am 27. Juni 1929 eine Art Beschluss über eine Krediterhöhung um 1,7 Millionen Mark erwidert wurde. Schröder, der die Umfrage leitete, glaubt, daß Direktor Hoffmann ihm den Auftrag dazu gab.

Abg. Schment (Kom.): „Warum erwähnen Sie in Ihrem Bericht nicht, daß außer Originalrechnungen auch Kopien vorlagen?“

Schröder: „Ich mußte annehmen, daß das ganze Verfahren dem Vorstande genau so bekannt war wie mir.“

Schmidt bleibt dabei, daß er von den Kopien damals nichts erfahren habe.

Rosenthal: „Niemand ist mir im Kreditausschuss bekannt geworden, daß 1,7 Millionen Wechsel der Klarets sich im Portefeuille der Stadtbank befanden.“

Schmidt betonte, daß wiederholt darüber gesprochen worden sei. Es seien auch immer eingehende Mitteilungen über die Erhöhung der Kredite gemacht worden.

Abg. Obuch (Kom.): „Wären aber Originalrechnungen an die Bezirksämter gesandt worden, da hätte sich doch sofort ergeben, daß die Rechnungen nicht stimmten.“

Schmidt: „Dann wäre aber gesagt worden: Es liege ein Irrtum vor. Man darf doch nicht verneinen, daß gegen die Klarets überhaupt kein Mißtrauen bestand.“

Daß wir es nicht an Sicherungen haben fehlen lassen, beweist doch gerade der Fall Klarets.“ (Große Severkeit.)

Abg. Drügemüller (Soz.): „Sie haben immer nur die Klaretschen Bücher eingesehen, niemals die der Bezirksämter.“

Schmidt: „Dagegen sprach das Bankgeheimnis. Es hätte gegen Tren und Glauben verstoßen, wenn wir hinter dem Rücken des Kreditnehmers Klarets die Bezirksämter befragt hätten. Klarets verbat sich die Nachfrage, weil er vor den Beamten nicht als Pumper erscheinen wollte.“

Abg. Drügemüller (Soz.): „Schmidt meint immer, die Revisoren, die den Skandal im September 1929 aufdeckten, hätten die Verfehlungen schon früher merken müssen.“

Stadtmann Wandjusz: „Die Revisoren Fabian und Seidel haben wiederholt den Klaretskredit getadelt, unter anderem wegen Nichtberücksichtigung von Wechseln, wegen Vereinnahmung vorabierter Schecks über rund 8700 Mark und bereits im Oktober 1928, als die Revisoren in ihrem von Schmidt beanstandeten Bericht Bestätigung der angeblichen Lieferungen durch die Bezirksämter verlangten.“

Mir gegenüber hat Schmidt versucht, die Revisoren als unkaufmännisch lächerlich zu machen.“

Schmidt: „Die Stadtbank hatte einen jährlichen Umsatz von etwa 225 Milliarden. Dabei spielten die Klaretskredite keine große

Rolle. Ich weise zurück, daß ich die Revisoren zugunsten der Klarets beeinflusst haben sollte.“

Abg. Drügemüller (Soz.): „Wie war es möglich, daß Sie den Klarets so vertrauten, daß Sie noch einen Tag vor der Verhaftung über 500 000 Mark abgeben konnten?“

Schmidt: „Wir konnten nicht annehmen, daß Leute, die Millionenbeträge in der Tasche hatten Betrüger seien.“

Fabian erklärt: Am 14. September habe er die irregulären Postchecküberweisungen vom Prenzlauer Bezirk bemerkt.

Abg. Drügemüller: „Und am gleichen 14. September waren Sie noch Gast bei Klarets?“

Schmidt: „Ja. Die Unregelmäßigkeiten beim Prenzlauer Bezirk sind aber auf meine Veranlassung aufgeklärt worden.“

Fabian (auf weitere Fragen): „Am 12. September habe ich festgestellt, daß im Bezirk Spandau eine positive Unterschriftenfälschung auf einer angeblichen Bestellung Spandaus bei den Klarets vorlag. Ich war heimlich nach Spandau gefahren, ohne Verständigung der Stadtbankdirektoren. Denn nach der Zurückweisung unseres Revisionsberichtes von 1928 wollten wir nur noch an den Vorstand gehen, wenn wir handgreifliches Material hatten. Ich weiß nicht, was mir andernfalls passiert wäre. (Zuruf: „Schmidt hätte Sie rausgeschmissen!“) Am 11. September hatte ich weiter schon die Gewißheit, daß Spandau nicht die angegebliche Bestellung über 700 000 Mark gemacht hatte.“

Wandjusz will von diesen Feststellungen Fabians Direktor Hoffmann schon am 13. September unterrichtet haben.

Schmidt will erst am 16. davon Kenntnis erhalten haben.

Auf Befragen erklären die Zeugen Wandjusz und Hoge, sie hätten stets den Eindruck gehabt, daß die Wünsche der Klarets in erster Linie berücksichtigt wurden.

Schmidt: „Es versteht von sich selbst, daß man auf einen so großen Kunden besondere Rücksicht nimmt.“

Buchhorn (DBP): „Wie verhält es sich mit der Geschäftsverbindung Klarets — Reichsbanner? Sie sagten gestern, daß die Klarets das Reichsbanner probeweise beliefernten, während doch der Reichsbannervorsitzende Hörsing jede Geschäftsverbindung seines Bundes mit den Klarets in Abrede gestellt hat.“

Schmidt: Die Klarets haben mir gegenüber jedenfalls

wiederholt von Lieferungen an das Reichsbanner gesprochen.

Es entwickelt sich dann eine längere Auseinandersetzung über die Art und Weise der Bewilligung von Krediten.

Stadtmann Mühlmann betont, daß er von den Krediten, die über 7 Millionen hinausgingen, nichts gewußt habe. Die Protokolle seien übrigens von der Stadtbank in sehr eigenmächtiger Weise angefertigt worden.

Schmidt gibt zu, daß die Protokolle schon weitgehend vorbereitet waren. Das sei aber schon immer so gewesen und geschehe heute noch.

Auf Befragen befundet Zeuge Revisor Hoge: „Bei Revisionen mußten wir uns im allgemeinen bei dem Buchhalter Klarets vorher anmelden, damit wir auch die betreffenden Bücher voranden.“

Wir haben im Jahre drei- bis viermal kontrolliert.“

Zeuge Stadtmann Wandjusz schildert die

Einzelheiten der Entdeckung:

„Als ich in Neu-Kölln und Fabian in Spandau weitere Feststellungen machen wollten, vor allem, ob überhaupt Forderungen beständen, wurde uns dies von Bankdirektor Hoffmann unter Berufung auf das Bankgeheimnis unterzogen. Auf dem Postcheckamt stelle ich fest, daß ein Betrag von 27 000 Mark — angeblich vom Bezirksamt Prenzlauer Berg — eingezahlt worden war. Dem Bezirksamt Prenzlauer Berg ließ ich mir die schriftliche Bestätigung geben, daß von dort aus eine Einzahlung überhaupt nicht erfolgt sei. Ich teilte dies Schmidt sofort mit, darauf sagte dieser:

Da müssen wir bei Klarets nachfragen.“

Hierauf erwiderte ich:

Um Gotteswillen, das geht doch nicht! Die Klarets könnten doch selbst daran beteiligt sein! Das war am Sonnabend, dem 14. September. Hoffmann hat Schmidt von diesen Dingen unterrichtet.“

Berichterstatter: „Sie, Herr Schmidt, haben aber behauptet, von den Ermittlungen erst am 16. erfahren zu haben. Deshalb seien Sie auch am 14. noch zum Hochabend als Gast bei Klarets gewesen.“

Schmidt: „Ich habe das Protokoll über die Dinge erst am 16. gesehen.“

hatte aber schon am 14. davon gehört.“

Berichterstatter: „Können Sie unter Ihrem Eide die Frage mit Ja oder Nein beantworten, ob Sie Hoffmann am 13. September über die positive Fälschung der Klarets zum Nachteil der Stadtbank unterrichtet hat oder nicht?“

Schmidt: „Das ist nicht mit Ja oder Nein zu beantworten. Ich muß annehmen, daß mir der Bericht so erstattet wurde, daß ich nicht erkennen konnte, ob es sich um eine Fälschung handelte. Wäre mir von einer Fälschung etwas bewußt gewesen, dann hätte ich etwas veranlaßt. Ich habe am Sonnabend, dem 14. September, in Waren keinen der Klarets getroffen. Ob ich mit ihnen Sonnabend vormittag gesprochen habe, weiß ich nicht mehr genau. (Bewegung.) Ich habe jedenfalls nicht an eine Fälschung geglaubt, sondern angenommen, daß ein Versehen bei den Bezirksämtern vorlag, das man noch unteruchen müsse.“

Die Frage, ob er bei Bekanntwerden der Fälschung die einstweilige Sperrung der Zahlungen an die Klarets angeordnet habe, verneint der Zeuge Schmidt.

Als im Ausschuss Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob Stadtbankdirektor Hoffmann bei der Befragung Schmidts anwesend sein soll, wird aus dem Ausschuss erklärt, man könne Herrn Hoffmann ruhig hereinrufen, da er über den Verlauf der Vernehmung doch dauernd aus dem Zuhörerraum heraus unterrichtet werde. (Im Zuhörerraum sollen die Verteidiger Hoffmanns Platz genommen haben.)

Direktor Hoffmann

geht nun zum Zeugentisch, brückt dem Direktor Schmidt die Hand und will aus einem Manuskript eine fertige Auslage ablesen, was der Vorsitzende als unzulässig zurückweist.

Hoffmann hält nun einen äußerst temperamentvollen Vortrag und erklärt, der Fall Klarets dürfe nicht verallgemeinert werden. In der Bankwelt lägen ja alle im Glashaus. Mit der Faust auf den Tisch schlagend, erklärt er, nicht einen Pfennig Zwendungen von den Klarets erhalten zu haben. Den silbernen Leuchter habe er bezahlt, in dienstlichem Interesse, dem guten Kunden Klarets gegenüber, habe er einmal 100 Mark auf ein

Staatssekretär Schmidts Nein!

Von Hans Schadewaldt

Die erfreuliche Offenheit, mit der Reichsbankpräsident Dr. Schacht aus der demokratischen Gleichmacherei unseres noch unentwickelten Parlamentarismus herausgetreten und Reichskabinett und Fraktionen einen heillosen Schrecken vor dem Gewicht der unabhängigen Autorität eingejagt hat, hat eine Wiederholung in einem an sich weniger bedeutenden, aber doch auch recht interessanten Falle erlebt, in der Meinungsäußerung des Staatssekretärs Schmid-Düffeldorf, bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Reichsregierung. Jeder deutsche Mann, dem nicht das Urteil über den Wert der freien Meinungsäußerung durch die Scheuklappen der Parteipolitik gehindert ist, wird Achtung vor der politischen Bekenntnisfreude des Staatssekretärs Schmid haben, der unabhängig von seiner hohen Beamtenstellung sich politisch als Reichstagsabgeordneter so entschieden hat, wie es ihm sein Bewußtsein gebot. Man sollte meinen, daß für diese selbständige Haltung des Staatssekretärs Schmid, der der Deutschen Volkspartei angehört, gerade bei den Kreisen Verständnis vorhanden sein müßte, die sich so gern als die berufenen Verfechter der demokratischen Freiheitsrechte ausgeben — weit gefehlt! Gerade aus den Kreisen der Linken ist ob der Schmidtschen Stellungnahme ein Sturm der Entrüstung losgebraust und ein „politischer Fall Schmid“ konstruiert; als ob nicht ein Beamter, der das verfassungsmäßige Recht hat, als Abgeordneter zu fungieren, mittels dieses Rechtes sein politisches Urteil frei und parteiungebunden abgeben dürfe!

Die sozialdemokratische und die demokratische Presse glaubt Herrn Schmid nahelegen zu sollen, den „Konflikt zwischen seinem politischen Urteil und seiner Beamtenstellung“ dadurch zu beendigen, daß er die Zusammenarbeit mit seinem Minister löst und sich zur Disposition stellen läßt. Wir hoffen, daß Herr Schmid solche zärtlichen Winke kalt lassen und er den Freunden der demokratischen Freiheit nicht den Gefallen tut, das Staatssekretariat des Ministeriums für die besetzten Gebiete abzugeben. Daß aber selbst die „Germania“ Herrn Schmid aus seiner Stellung als politischer Beamter und gleichzeitig parlamentarischer Reinsinger gelöst wissen will, indem sie eine „persönliche Pflicht des Staatssekretärs“ konstruiert, die selbstverständlichen Konsequenzen aus einer Lage zu ziehen, die der Stellung eines hohen Reichsbeamten unwürdig sei, das wird mit Bedauern registriert werden müssen als Zeichen dafür, wie weit sich die Auffassung des neudeutschen Parlamentarismus über den Wert des selbständigen politischen Urteils in parteipolitischen Engen verrannt hat. Ohne für Staatssekretär Schmid den Artikel 36 der Reichsverfassung in Anspruch zu nehmen, wonach kein Mitglied des Reichstags „zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstammung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanenen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden darf“, muß man sich mit aller Entschiedenheit gegen die Dege waden, mit der ein Blatt wie



Staatssekretär Schmidt

die „Vossische Zeitung“ Schmidts Mein mit der Forderung seines Rücktrittsgesuchs beantwortet wissen will. Wir sind mit der Freiheit der politischen Betätigung der Beamtenschaft schon weit genug heruntergekommen, — soll die Beamtenschaft nach den beim Volksbegehrt geübten Methoden noch weiter in ihren Rechten beschnitten werden, indem man die freie politische Meinungsäußerung mit der Zwangsregistrierung beantwortet?

Bierb gesteht. „Über das Bierb ist nicht schnell genug gelaufen. Sklarek habe ihm ein ander mal 500 Mark Krongeld auf den Tisch gelegt und habe das Zimmer so schnell verlassen, daß er ihm das Geld nicht gleich wiedergeben konnte. Er habe mehrere Male versucht, diese 500 Mark den Sklarek wiedergeben und habe das Geld schließlich der Sportvereinigung der Berliner Stadtbank übergeben. Da muß es jetzt nach liegen. „Für einige Theaterrollen habe ich den Sklarek zwei Bilder gemalt“, die allerhand gefotet haben. Für den Bels habe ich 800 Mark gegeben. Bei Herpich war er mit 1000 Mark ausgestattet. Daß auch Kopien als Kreditunterlagen dienen, habe ich nicht gewußt.“

Ich bitte doch endlich, vom dem Kredit an Sklarek nicht mehr zu sprechen (Heiterkeit), es waren doch lediglich Bevorschussungen von Forderungen. Die Sklarek waren doch Leute, die waren prima, prima! (Heiterkeit.) Ich hatte die feste Ueberzeugung, daß die Sklarek sich nichts hatten zuschulden kommen lassen.“

Nervenzusammenbruch der Sklarek

Die Brüder Willi und Leo Sklarek haben im Untersuchungsgefängnis auf die Nachricht von dem plötzlichen Tode des Obermagistratsrat Schallbach, der ihr Entlastungszeuge gewesen war, schwere Nervenzusammenbrüche erlitten. Willi Sklarek mußte sofort in das Lazarett übergeführt werden und auch Leo Sklarek ist bettlägerig. Max Sklarek wird gegenwärtig von Ministerialrat Dr. Bürger auf seinem Geisteszustand untersucht.

Die Haftbefehle gegen die Stadträte Gabel und Degener bleiben aufrechterhalten, da dringender Tatverdacht und Fluchtverdacht fortbestehen. Gabel wird gegen eine Sicherheitsleistung von 5000 RM., Degener gegen eine Sicherheitsleistung von 15000 RM. mit der Untersuchungshaft verurteilt werden. Beide haben sich täglich beim zuständigen Polizeirevier zu melden.

Preußens Wahlrecht kommt vor den Staatsgerichtshof

Stärkere Berücksichtigung der Splitterparteien — Verschiebung der Landtagsmehrheit?

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes.)

Berlin, 18. Dezember. Im Januar ist vor dem Staatsgerichtshof ein interessanter Prozeß zu erwarten, der möglicherweise auf das Schicksal des Preussischen Landtages von entscheidendem Einfluß sein kann.

Der Völkisch-Nationale Block hat eine Feststellungsfrage bereits vor geraumer Zeit eingereicht über die Gültigkeit des preussischen Wahlrechts, und zwar stützt sich die Klage darauf, daß die Erleichterung der Mandatsverlangung für Splitterparteien nicht dem Grundgesetz der Verhältniswahl entspreche. Bekanntlich sind die Vorschriften in Preußen übrigens ebenso wie im Reich so, daß Parteien nur dann ein Mandat im Parlament erhalten können, wenn sie wenigstens in einem Wahlkreis die erforderliche Stimmzahl aufgebracht haben.

Auf den Landes- bzw. Reichslisten werden jeder Partei nur soviel Sitze zugewiesen, wie sie gleichzeitig in Wahlkreisen direkt erhalten haben. So kann es vorkommen, daß bei einer Wahlschiff von 40 000, wie sie in Preußen gegeben ist, Parteien mit 200 000 Wählern nicht ein einziges Mandat erhalten, einfach deshalb, weil sie in keinem einzigen Wahlkreise die für ein einziges Mandat erforderliche Stimmzahl aufbringen konnten. Wenn der Staatsgerichtshof sich auf die Seite der Klagevertreter stellt, dann bedeutet das, daß sich die Mehrheit im Preussischen Landtag zuungunsten der Regierungskoalition verschiebt, und zwar um 17 Sitze. Es würden also 17 Vertreter von Splitterparteien neu in den Preussischen Landtag einzuziehen müssen und damit wäre die gegenwärtige Mehrheit gewonnen.

Einigung über die Zollvorlage

Wie lange soll die Zigaretten-Contingentierung dauern?

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes.)

Berlin, 18. Dezember. Die Frage der Zölle, die zu den beiden Themen gehört, die den Reichstag in dieser Woche vollamt beschäftigen, ist heute einen guten Schritt der Klärung näher gebracht worden. Zwischen den Regierungsparteien ist eine Einigung über die Regierungsvorlage zustande gekommen, die dazu geführt hat, daß heute im Handelspolitischen Ausschuss in allen wesentlichen Punkten mit starker Mehrheit, nämlich 18:6 Stimmen, ein Programm angenommen worden ist, das im großen und ganzen den Regierungsvorschlägen entspricht. Das gilt nicht nur hinsichtlich der Zollsätze, sondern ganz besonders hinsichtlich der schwierigen Frage der Getreidezölle. Es ist in den Abendstunden auch gelungen, über die Zölle für Vieh- und Fleisch zu einer Einigung zu kommen. Ganz besonders hat man sich

geeignet über die Getreidezölle.

die nach allen Erfahrungen über zollpolitische Parlamentsansprachen von vornherein die größten Schwierigkeiten erwarten ließen. Es soll also fortan der Zoll je Tonne Weizen sich zwischen 3,50 Mark und 9,50 Mark bewegen, für Roggen zwischen 3 und 9 Mark, und zwar in der Form, daß die Reichregierung die Möglichkeit haben soll, die Zölle in diesen Grenzen herab- oder heraufzusetzen, wenn die Entwicklung der Weizen- oder Roggenpreise es erfordert. Es ist ein Durchschnittspreis je Tonne mit 260 Mark und ein Durchschnittspreis von 290 Mark als Richtmaß für die Bemessung der Zölle in Aussicht genommen.

Praktisch bedeutet das, daß zunächst einmal die Höchstsätze in Kraft treten werden, die erheblich über den bisherigen autonomen Zöllen und noch höher über den bisherigen, besonders im schwedischen Handelsvertrag gebundenen Zöllen liegen.

Man hat sich ferner geeinigt über die Frage des Einfuhrzollsystems — wie gesagt — über die Vieh- und Fleischzölle. Die Einzelheiten können noch Veränderungen unterworfen werden, da die Verhandlungen trotz der Einigung auch im Handelspolitischen Ausschuss noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Im großen und ganzen kann man aber heute bereits feststellen, daß diese Frage keine sehr großen Schwierigkeiten mehr macht, sobald es gelingen wird.

noch vor Weihnachten die neue Zolltarifnovelle

zu verabschieden, die sich von der alten, abgesehen von der Höhe der Sätze, besonders dadurch unterscheidet, daß sie nicht mehr befristet ist.

Während die Zollschwierigkeiten heute zum großen Teil aufgeräumt werden konnten, haben sich aber wieder Schwierigkeiten ergeben hinsichtlich des finanziellen Sofortprogramms, das gestern schon als angenommen

gelten konnte. Die Regierungsparteien hatten sich in ihrem Initiativantrag darauf geeinigt, die im Zusammenhang mit der Erhöhung der Tabaksteuer vorgesehenen

Contingentierung der Zigarettenindustrie

auf fünfviertel Jahre festzusetzen, während die Regierungsvorlage dafür ursprünglich fünf Jahre vorgesehen hatte. Heute hat nun die

Reichsregierung die Führer der Regierungsparteien wissen lassen, daß sie diese Frist nicht für ausreichend erachtet und daß neue Verhandlungen notwendig seien. Darüber sind neue Schwierigkeiten entstanden. Da es sich immerhin nur um einen kleineren Ausschritt aus dem Sofortprogramm handelt, ist wohl anzunehmen, daß es gelingen wird, dieser Schwierigkeiten noch Herr zu werden.

6 Millionen für Flüchtlingshilfe bewilligt

Abstimmung des Haushaltsausschusses — Was wird weiter aus den Deutschrussen? — Warum keine Siedlung in Deutschland?

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 18. Dezember. Der Haushaltsausschuss des Reichstages legte am Mittwoch die Aussprache über die Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel zugunsten der aus Rußland abwandernden deutschstämmigen Bauern fort.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) fragte den Vertreter des Auswärtigen Amtes, ob irgendetwelche Zusagen gegenüber der Sowjetregierung erfolgt sind? Kann die deutsche Regierung nach Belieben die Auswanderer in Deutschland ansiedeln oder hat sie sich verpflichtet, alle Auswanderer nach Kanada oder Brasilien weiterzuleiten? Auch interessierte es stark, wie das Schicksal derjenigen deutschstämmigen Bauern sei, die durch die Sowjetregierung nicht die Erlaubnis zur Einreise nach Deutschland erhalten haben und die zwangsmäßig nach Sibirien oder Wolgarußland zurücktransportiert wurden. Das Schicksal dieser Leute muß schließlich sein und der Redner fragte, ob durch die deutsche Regierung nicht irgendetwelche Vorstellungen bei der Sowjetregierung erhoben worden sind. Schließlich bebaute der Redner den Mangel von Einwanderungskommissionen für Südamerika und Kanada, der sich jetzt deutlich zeige.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) richtete an den Vertreter des Auswärtigen Amtes, die Frage, welche Gründe beständen, daß alle Auswanderer nach Kanada und Brasilien weitergeleitet werden sollen und nicht eine Anzahl in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands angesiedelt werden. Wenn man überhaupt von dem Gedanken der Ansiedlung absehe, so sei allerdings nicht zu verstehen, warum so große Mittel für den Durchtransport der russischen Auswanderer aufgebracht werden sollen.

Reichskommissar Städelin war der Ansicht, daß man einen Teil dieser Leute in Deutschland behalten möge. Etwa 100 Familien wer-

den ohnehin nicht auswandern können, weil irgend ein Kind krank ist. Wenn sich tatsächlich die Auswanderung vergrößere, so müßte das Internationale Flüchtlingsamt die Auswanderer betreuen. Es kann unmöglich verlangt werden, daß nur ein Land, in das sich gerade der Durchgangstrom der Auswanderer erzieht, die sämtlichen wahrscheinlich sehr hohen sanitären und humanitären Kosten tragen solle.

Ministerialdirektor Dr. Trautmann (Auswärtiges Amt) erklärte über das Schicksal der nach Sibirien zurücktransportierten Bauern, daß die Sowjetregierung bemüht sei, den Bauern die Wiederansiedlung in ihren früheren Wohnstätten zu ermöglichen und sie mit Saatgetreide zu versorgen.

Auf eine Anfrage des Abg. Bernhard (Dem.) wies die Beiräte des Vizepräsidenten von Dirksen in die „Rote Fahne“ gekommen sein, erwiderte Ministerialdirektor Dr. Trautmann, daß der Sache nachgegangen worden sei, aber ein Ergebnis noch nicht erreicht sei. Der Bericht sei zwar als vertraulich bezeichnet, aber nicht in chiffrierter Schrift abgefaßt worden.

In der Abstimmung bewilligte der Ausschuss sechs Millionen für die deutschstämmigen Bauern gegen die Stimmen der Kommunisten.

Es folgte die Weiterberatung des völkischparteilichen Antrages über den Reichssparkommissar. Die Mehrheit des Ausschusses hielt die bisherige Tätigkeit des Sparkommissars für aner kennenswert und ersolarteich und will das Wirkungsfeld des Sparkommissars deshalb noch möglichst erweitern. Allerdings will die Mehrheit diese Erweiterung der Machtbefugnis nicht entsprechend dem völkischparteilichen Vorschlag im gesetzlichen Rahmen vornehmen, sondern insbesondere erreichen, daß die Gutachten des Sparkommissars möglichst in allen Fällen dem Reichstag zur Kenntnis kommen. — (Der sie sicher mit viel Interesse und — wenig Nutzen studieren wird. D. R.)

Hilferding bekommt Kreditermächtigung

Wichtige Einzelbeschlüsse des Reichstages

(Drahtmeldung unseres Berliner Sonderdienstes.)

Berlin, 18. Dezember. Die heutige Reichstagsitzung ähnelte der gestrigen insofern, als sie eine Arbeitsitzung darstellte. Man hat zahlreiche an sich nicht unwichtige Sachen behandelt. Das ganze Haus steht aber nicht unter dem Eindruck großer Fragen, wie sie in der vorigen Woche erlebt wurden, und wie sie in der kommenden Woche erledigt werden müssen, der Zollnovelle und des Sofortprogramms. So zog sich das Gesamtinteresse auf Dinge zusammen, die außerhalb des Sitzungssaales sich abspielten.

Heute wurde man im Sitzungssaal selbst an diese Verhandlungen nur erinnert durch die Erteilung der Kreditermächtigung über 465 Millionen für das Reich, die die Urtom-schwierigkeiten des Dezember überwinden sollen. Dafür fand sich die nötige Mehrheit, wie sie sich für eine Reihe kleinerer Vorlagen und auch für das Diätengesetz fand, also jenes Gesetz, das dem Reichspräsidenten gegen Rubstörzer im Hause ganz erheblich erweiterte Befugnisse gibt und ihn u. a. be-rechtigt, Abgeordnete in gewissen Fällen nicht nur die Diäten, sondern auch die Freifah-karte zu entziehen. Da die Verfassungsmäßig-keit dieses Gesetzes von verschiedenen Seiten angezweifelt worden ist, ist die Feststellung wichtig, daß nur eine Stimme an der Dreiviertel-mehrheit gefehlt hat, während eine Zwei-drittelmehrheit bereits zur Ueberwindung von Verfassungsschwierigkeiten ausreicht.

Morgen beginnt der Reichstag dann wieder mit ausgesprochenen Kampftagen. Es geht

um das Sofortprogramm und es geht um die Zollnovelle. Kampftage? Es werden wohl mehr Arbeitstage sein, denn nachdem man sich im Interfraktionellen Ausschuss über alle wesentlichen Punkte bereits geeinigt hat, werden zwar noch Kampftage gehalten werden, aber die Entscheidung wird bereits gefal-len sein, ehe man zur Abstimmung schreitet.

Schwere Verfehlungen in Moabit

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. Dezember. Ermittlungen der Ge-fängnisdirektion in Moabit haben zu der Verhaftung von drei Gefängnisbeam-ten geführt, die geständig sind, sich im größ-ten Maße seit längerer Zeit gegen die Dienst-vorschriften vergangen zu haben. Die Beamten haben vor allem bei Ausführung eines Unter-suchungsgefängnisses diesen dadurch begünstigt, daß sie ihn wiederholt unbeaufsichtigt ließen, so daß der Gefangene Kennzeichen abschließen konnte. Die Beamten werden zur Zeit von der Kriminal-polizei vernommen. (Weiter schweigt sich der amtliche Bericht über den Namen des betref-fenden Untersuchungsgefängnisses aus. Sollte dieser Name — die Kennzeichen lassen fast darauf schließen — etwa — Sklarek heißen? D. R.)

London, 18. Dezember. Einer Meldung aus Mc. Allister (Ulster) zufolge sind 60 Bergleute, die bei einem Explosionsunglück ver-schüttet wurden, nunmehr als Leichen zu Tage geförder worden. Beamte erklären, daß fast alle den Grubengasen erlegen sind.

Schenket und trinket:

Burgett Grün

die älteste rheinische Sektmarke wegen seiner Güte und Bekömmlichkeit altberühmt — seit 1837 —

Damen-Mäntel
 Backfisch-Mäntel
 Kinder-Mäntel
 Woll-Kleider
 Seiden-Kleider
 Strick-Kleider
 Strickwesten
 Pullover
 Herrenwesten
 Morgenröcke
 Blusen
 Röcke
 Küblerfabrikate
 Damenhüte
 Backfischhüte
 Kinderhüte
 Wollmützen
 Wollschals
 Seidenschals
 Seidentücher
 Blumen

Moment Geduld, es kommen alle dran!!

Unsere Verkaufsräume sind bedeutend vergrößert. Der Andrang kann noch so groß sein, trotzdem geht die Bedienung schnell vor sich.

Der gute Einkauf
 in unserem billigen
Weihnachtsverkauf
 lohnt sich.

Unsere enorm große Auswahl, unsere billigen Preise
**erfreuen Geber
 u. Beschenkte!**

Herren-
 Oberhemden
 Binder
 Cachenez
 Kragenschoner
 Hosenträger
 Socken
 Handschuhe
 Damenstrümpfe
 Kinderstrümpfe
 Nappa-
 Handschuhe
 Bettwäsche
 Tischwäsche
 Handtücher
 Damenwäsche
 Herrenwäsche
 Kinderwäsche
 Wollwäsche
 Hemdhosen
 Schlüpfen
 Taschentücher
 Handarbeiten

Gebrüder

Markus & Baender

G. m. b. H.

Ring 23 Beuthen OS. Ring 23

Zweiggeschäft: Friedrich-Ebert-Straße 30b

Anschlussfirma der Kunden-Kredit-Gesellschaft und vieler anderer Einkaufsvereinigungen.

Oberschl. Landestheater
 Beuthen
 Donnerstag, 19. Dezember
 20¹/₂ (8¹/₂) Uhr.
Die Czardasfürstin
 Operette von Kalmán

Die größte Weihnachtstrend für Kinder
 bereiten
Rodelschlitten und Schlittschuhe.
Koppel & Taterka
 Beuthen OS. Hindenburg OS.
 Piekärer Straße 23. Kronprinzenstraße 291.

Wollen Sie durch gute, billige
 sowie praktische

Weihnachts- Geschenke

Ihre Angehörigen erfreuen, so besichtigen Sie unsere enorme
**Ausstellung in modernen Beleuch-
 tungskörpern und Radio-Apparaten**

3-Flammen-Broncekrone . . . von Rmk. 19.- an
 Nachttischlampen m. Seidenschirm „ „ 9.- an
 Radioapparate u. Lautsprecher in allen Preislagen
 Heiz-, Kochapparate - Bügeleisen - Staubsauger
Weihnachts-Sonderrabatt

Größtes Spezialhaus für die Elektrotechnik

Licht & Kraft, S. Wolfsohn

Beuthen OS., Bahnhofstr. 31, Eingang nur Gymnasialstr.

Unbarmherzig!

Die äußerst ungünstige Geschäftslage
 zwingt uns, die sonst üblichen Weih-
 nachts- und Neujahrsgeschenke an
 unsere Kundschaft nicht mehr zu
 verabfolgen.

Die vereinigten Kolonialwarenhändler von Beuthen OS.

An den Folgen eines Berufsunfalles
 verschied heute der

Reviersteiger Herr

Daniel Becker.

Der Verunglückte hat sich während
 seiner mehrjährigen Dienstzeit als ein
 äußerst eifriger und pflichttreuer Beamter
 erwiesen.

Sein Andenken werden wir stets in
 Ehren halten.

Gleiwitz, den 17. Dezember 1929.

Kokswerke & Chemische Fabriken
Aktiengesellschaft
 Abteilung Gleiwitzer Grube.

Anlässlich des Hinscheidens unseres geliebten Vaters
 und Schwiegervaters, des pens. Lokomotivführers

August Langer

sind uns so viele Beweise herzlicher Teilnahme entgegen-
 gebracht worden, daß wir außerstande sind, jedem einzeln
 zu danken und uns veranlaßt fühlen, auf diesem Wege
 allen Beteiligten, den Hochwürdigsten Herren Geistlichen
 und dem Kirchenchor von St. Trinitatis, dem Kath.
 Bürgerkasino, dem Kranzpendeverein, der Gewerkschaft
 Deutscher Lokomotivführer, den Hauseinwohnern und
 allen Freunden, Bekannten und Verwandten für die tröst-
 lichen Worte und schönen Kranzspenden unseren tief-
 gefühltesten Dank auszusprechen.

Beuthen OS., den 19. Dezember 1929.

Justizobersekretär A. Langer und Frau.

Thea Schwartz
 Alfred Wellner
 Verlobte

BEUTHEN OS., Dyngosstraße 42
 Zu Hause Sonnabend, den 21. Dezember

Nüsse!

312a
 15 Sorten
 in allen Preislagen.
 Pfund 48 Pfa
 von 48 an

Karl Kostka
 Beuthen OS.
 Dyngosstraße,
 Stadthaus.

Oberschlesischer Feuerbestattungsverein

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht bekannt
 zu geben, daß am 17. Dezember 1929 unser Mitglied

Herr Reviersteiger

Paul Weiner

in Gleiwitz verstorben ist. Die Einäscherung findet
 im Krematorium Breslau statt.

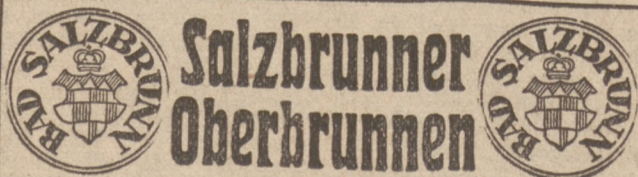
Beuthen OS., den 18. Dezember 1929.

Der Vorstand.

Gegr. 1906

Uhren- und Goldwaren-Käufe
 sind Vertrauenssache!

Schon der erste Einkauf macht Sie zu unserem ständigen Kunden
 Beuthen OS., Gleiwitz,
 Arnowitzer Str. 11 **Jacobowitz** Wilhelmstr. 20



bei **Katarrhen** der Atmungs-, Verdauungs- und
 Unterleibsorgane, Ueber-äuerung des Magens,
Herzkrankungen mit Katarrhen,
Asthma, Grippe

Salzbrunner Quellenversand, Bad Salzbrunn
 Hauptniederlage **Brunnen-Nowak**,
 Beuthen OS., Parallelstr. 6, Tel. 4562.

Besonders günstiges Weihnachtsangebot

Wir bringen einen
 größeren Posten **Damenschneeschuhe**,
 hochwertiges russisches Fabrikat, zu dem

Sportpreis von **Mk. 5.95** zum Verkauf.

Abgabemenge vorbehalten. / Russenstiefel in großer Auswahl.

Alfred Wachsmann, Beuthen OS.

Spezial-Haus für Schneeschuhe am Hauptbahnhof.

Tschauder-Möbel

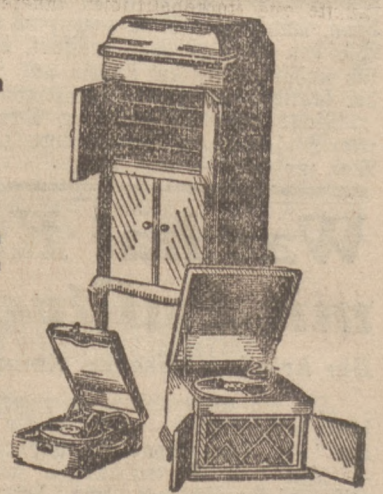
seit dem Jahre 1858

Sonderklasse!

Qualität
 Preiswürdigkeit

Besichtigen Sie die
 ständige Ausstellung

Gleiwitz Reichspräsidentenplatz 3
 Fernruf 3897



Preußens letztes Entgegentommen fehlt

Entscheidung am Donnerstag zu erwarten

(Telegraphische Meldung)

Leipzig, 18. Dezember. In Beginn der heutigen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in der Angelegenheit Beamte und Volksbegehren nahm zunächst Rechtsanwalt Dr. Seelmann-Eggebert das Wort, um seine Auffassung über die Auslegung des § 4 nochmals zu begründen.

eine Auslegung von Verfassungsbestimmungen.

Wenn die preussische Regierung noch einen Schritt weiter entgegentommen und eine positive Erklärung abgeben würde, daß auch für die Zukunft wegen der bloßen Einzeichnung in die Listen kein Verfahren gegen Beamte eingeleitet werden solle, so könnte eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes vielleicht vermieden werden.

Ministerialdirektor Dr. Badt erklärte dazu, die preussische Staatsregierung stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß den Disziplinargerichten durch ihre Stellungnahme nicht vorweggegriffen werden sollte.

Dr. Seelmann-Eggebert vertrat den Standpunkt, daß die nachgeordneten Stellen den Erlaß des Ministerpräsidenten als brektes Verbot der Eintragung von Beamten aufgefaßt hätten.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist für Donnerstag zu erwarten.

Ministerialdirektor Dr. Badt führt in seiner Erwiderung aus: Um eine bloße Kritik der Vergangenheit handele es sich bei § 4 nicht. Die Antragsteller wollten zum Ausdruck bringen, daß Vorgehen der bisherigen Reichsregierung sei, wenn das neue Gesetz schon gelten würde, als Landesverrat mit Buchhaus zu bestrafen, und das mache es den Beamten unmöglich, für das Gesetz einzutreten.

Der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, wies darauf hin, daß zwischen den beiden Parteien schon eine große Annäherung erzielt sei. Es handele sich nicht mehr darum, den preussischen Ministerpräsidenten zur politischen Verantwortung zu ziehen, sondern nur noch um

So züchtet man einen Kohlhaas

Langlopp soll zurückzahlen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. Dezember. Der Farmer Langlopp ist vom Reichsentschädigungsamt nicht nur mit seinen sämtlichen Schadenerschaftsprüchen abgewiesen worden, sondern es wird von ihm jetzt auch die Zurückzahlung der bereits erhaltenen Entschädigungsbeträge von insgesamt 9000 Mark verlangt.

amt auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe entschädigt worden. Diese Entschädigung für einen unverschuldeten Verlust erfolgte so, daß Langlopp zu der bekannten unfruchtigen und rein demotivativen Bergwerksleistung getrieben wurde.

Zu bewundern ist hierbei nur der Mut, der in diesem Amt zu Hause ist. Man scheint sich nicht davor zu scheuen, einen neuen „Michael Kohlhaas“ zu züchten, der in berechtigter Verzweiflung, zum zweiten Male vielleicht mit schärferen Mitteln, gegen solches Recht Einspruch erheben könnte.

Gegen die angebrochten Abwandsmaßnahmen hat Rechtsanwalt Dr. Frey ein Gesuch an das Entschädigungsamt gerichtet, aus besonderen Billigkeitsgründen Langlopp die Rückerstattungsverpflichtung der 9000 Mark zu erlassen.

Nach dem Verlust seiner Existenz im Ausland ist Langlopp vom Reichsentschädigungs-

Urteil im Siegeltsdorf-Prozess

(Telegraphische Meldung)

Münchberg, 18. Dezember. Im Siegeltsdorfer Eisenbahnprozess verurteilt Landgerichtsdirektor Bus folgende Urteil:

„Oberbahnmeister Alfred Stuhlforth ist schuldig eines Vergehens der fahrlässigen Transportgefährdung und wird deshalb zu drei Monaten Gefängnis verurteilt; die angeklagten Kottenführer Georg Volland und Oberbahnwärter Johann Greller aus Siegeltsdorf werden freigesprochen.“

Das Urteil wurde vom Vorsitzenden in zweifelhafte Ausführungen begründet. Es heißt darin u. a., daß ein Attentat nach Ueberzeugung des Gerichts auszuscheiden sei. Auch die Vermutung der Angeklagten, daß die Lokomotive nicht in Ordnung gewesen sei, sei in der Verhandlung widerlegt worden.

Beim Strafmaß habe das Gericht berücksichtigt, daß Stuhlforth sonst ein dienstfertiger und gewissenhafter Beamter war, und daß ihm bei der mangelhaften Unterstützung von Seiten

seiner vorgesetzten Behörde die Schwierigkeiten der Gleisarbeiten nicht zu Bewußtsein kamen. Aus diesem Grunde habe man ihm bedingten Straferlaß zugestimmt.

Strafantrag gegen Freifrau von Buddenbrod

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 18. Dezember. Am 14. Oktober fand in Waldenburg in Schlesien eine Versammlung des Bundes „Königin Luise“ statt, zu der öffentliche Einladungen ergangen waren.

„Seiner Zeit (d. h. im alten Staate vor dem Kriege) hat die Regierung in guten Sünden, in den Händen deutscher Männer gelegen. In den heutigen Klüffeln der Regierung sitzen nur durch Bazillen verseuchte Männer mit Eiterbeulen.“

Wie der Antiklerikale Preussische Presseklub mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident wegen dieser Beleidigung der Staatsregierung namens und im Auftrage des preussischen Staatsministeriums Strafantrag gestellt.

Die liberalen Unterhausmitglieder haben beschlossen, die Bergbaubilligkeits in 2. Lesung abzulehnen, falls keine befriedigende Erklärungen der Regierung erfolgen.



Die Fußballensation am Neujahrstage

Nach einer Mitteilung aus Paris erscheint der Club Français Paris zu dem am 1. Januar in der Deutheuer Hindenburg-Kampfbahn stattfindenden Spiel gegen Deuthe 09 mit seiner stärksten Mannschaft. Die Franzosen sind auch, an internationalen Verhältnissen gemessen, erste Klasse.

Deutschland - Italien in Frankfurt

Ueber die Frage, an welchem Ort das Fußball-Länderspiel Italien - Deutschland stattfinden soll, hat der Vorstand des DFB. in einer schriftlich vorgenommenen Abstimmung entschieden.

Deutschland - England abgeschlossen

Der engere Vorstand des Englischen Fußball-Verbandes beschloß gelegentlich einer Sitzung in London, die Länderspiele mit Deutschland und Österreich durchzuführen, natürlich ohne Rückspielverpflichtung.

Deutschland - Norwegen in Breslau?

Das für den 27. April nach Zürich vorgesehene Fußball-Länderspiel Deutschland - Schweiz ist laut Beschluß des Schweizerischen Fußball- und Athletik-Verbandes um acht Tage auf den 4. Mai verlegt worden.

Slavia Prag in Berlin

Nachdem sich die Verhandlungen mit dem FC. Budapest zerlegt haben, hat Minerva für den 19. Januar nach Berlin ein Wettspiel mit Slavia Prag abgeschlossen. Die Tschechen sind zur Zeit in ganz großer Form, schlagen sie doch in den letzten Wochen Tennis Borussia 8:1 und den Ungarmeister FC. 3:0 aus dem Felde.

ATV. Ratibor - W. Vorfisger 7:4

Das mit Spannung erwartete Meisterschaftstreffen in Ratibor endete mit einer Niederlage des W. Vorfisger. Mit viel Glück konnte der Oberschlesische Kampfsportmeister zwei wertvolle Punkte sammeln; denn zumindestens war Vorfisger den Ratiborern im Feldspiel ebenbürtig.

Mit dem Anwurf gelang es Ratibor, schon in Lorenzstraße zu kommen und bereits in der zweiten Minute mit unhaltbarem Schuß in Führung zu gehen. Vorfisger, den schweren Regenboden nicht gewohnt, bleibt zunächst etwas im Nachteil. Nach kurzer Zeit erzwingt jedoch Vorfisger ein offenes Spiel und in flotten Angriffen wird das Tor des Gegners bestreut.

Anfang bis zum Ende äußerst flott und technisch hervorragend von beiden Mannschaften durchgeführt und nur die glücklichere Mannschaft ging hierbei als Sieger hervor.

Hilde Schrader schwimmt Weltrekord

Einen neuen Weltrekord im Brustschwimmen stellte im Magdeburger Wilhelmshafen Fräulein Hilde Schrader vom 1. Magdeburger Damen-SV. über 200 Yards auf. Sie erzielte die Zeit von 2:57,8 und verbesserte damit die bisherige Weltleistung der Engländerin Miss E. King von 3:02 ganz erheblich.

Barani schwimmt 100 Meter in 59,6

Im Rahmen einer internationalen Veranstaltung in Paris gab Ungarns Meister Dr. Barani eine Probe seines hervorragenden Könnens. Er legte 100 Meter im freien Stil in der blendenden Zeit von 59,6 Sekunden zurück und ließ dabei den Franzosen Vandenlandte, der 1:06,4 benötigte, weit hinter sich.

Diener durch Carnera t. o.

In der Londoner Albert Hall kam es am Dienstagabend zu einer Rematch zwischen dem deutschen Ermeister Diener und dem riefigen Carnera, die als Hauptkampf des Abends großes Interesse erweckt hatte. Gleich von Beginn an griff Carnera seinen Gegner kräftig an, doch wußte Diener diesen Attaden geschickt auszuweichen.

Haymann abermals geschlagen

Deutschlands Schwergewichtsmeister Ludwig Haymann ist vom Glück nicht gerade begünstigt und hat bisher in U. S. A. eine wenig rühmliche Rolle gespielt, was dem deutschen Berufsboxsport nicht gerade zur Ehre gereicht.

Deutschland - Polen im Bogen

Für den am 6. Januar in Posen stattfindenden Länderkampf Deutschland - Polen hat der Deutsche Reichsverband für Amateurboxen folgende Mannschaft aufgestellt: Fickert (Chemnitz), Ziegler, Mehl, Häfeler, Volkmar, Seelig (Berlin), Säger (Breslau), Neufel (Berlin). Als Ersatz sind vorgesehen: Ball (Berlin), Taubien (Königsberg), Fuchs (Berlin), Meiseberg (Magdeburg), Mietschke (Berlin), Thauerlauf (Halle), Sabottke, Wegener (Berlin).

Wistula - Hartkopp um die Halbschwergewichtsmeisterschaft

Vom Sportauschuß der BVD. sind jetzt Wistula und Hartkopp als anerkannte Herausforderer bestätigt und ihnen das Recht eingeräumt worden, miteinander um den Titel eines deutschen Halbschwergewichtsmeisters zu kämpfen, da der bisherige Titelhalter Hein Müller wegen Gewichtsverhältnissen zurückgetreten ist.

Roska - Boja

Roska und Boja, die in letzter Zeit stark hervorgetretenen Halbschwergewichtsbekämpfer, bestreiten am 27. Dezember im ständigen Berliner Ring den Hauptkampf.

